

ULRICH BUSCH, KLAUS STEINITZ

Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit Probleme und Entwicklungstendenzen

Der Artikel verfolgt im ersten Teil das Ziel, die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands im Jahr 2009 zu skizzieren. Davon ausgehend wird im zweiten Teil der Frage nachgegangen, wie sich Lage und Entwicklungschancen der neuen Länder in den Wahlprogrammen der politischen Parteien widerspiegeln. Anschließend wird gefragt, ob die Situation und die Entwicklungschancen Ostdeutschlands im neuesten Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009 realistisch wiedergegeben werden. Abschließend wird versucht, wesentliche Anforderungen an ein zukunftsorientiertes Konzept zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft zu formulieren.

Wirtschaftliche Lage im Jahre 2009

Seit dem Ende der DDR und der Vereinigung der DDR-Wirtschaft mit der bundesdeutschen Wirtschaft sind fast zwei Jahrzehnte vergangen. In dieser Zeit war die Wirtschaft Ostdeutschlands nach einem tiefen Absturz einem radikalen Anpassungs-, Umstrukturierungs- und Neuaufbauprozess unterworfen, so dass sie heute integraler Bestandteil der Volkswirtschaft der Bundesrepublik ist. Seit 1990 wurden viele Betriebe modernisiert und umstrukturiert. Zudem erfolgten zahlreiche Neugründungen. Insbesondere zeichnet sich das Verarbeitende Gewerbe, welches im Ergebnis des Vereinigungsprozesses stark dezimiert worden war, gegenwärtig durch Flexibilität und Dynamik aus. Dies dokumentiert sich im gewachsenen Anteil desselben an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und an der gestiegenen Exportquote.¹

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird der ostdeutschen Wirtschaft bescheinigt, „sehr gut aufgestellt“ und deshalb weniger von den Auswirkungen der Krise betroffen zu sein als andere Regionen.² Da das

Bild der neuen Bundesländer inzwischen von neuen Strukturen, neuen Produktionsmethoden und neuen Produkten sowie veränderten Verbrauchsgewohnheiten, Lebensstilen und Verhaltensmustern geprägt wird, ist Ostdeutschland heute in der Tat „kein Traditionskabinett der DDR, sondern ein modernes Land, in dem sich viel entwickelt hat“³.

Trotz aller sichtbaren Erfolge und optimistischen Bewertungen fällt die Bilanz des erreichten Standes der Entwicklung jedoch zwiespältig aus: Neben positiven Veränderungen gibt es nach wie vor langfristig wirksame strukturelle Defizite von nicht zu unterschätzendem Ausmaß, ungelöste Probleme und Tendenzen, welche die Zukunftsaussichten nicht wenig eintrüben und einiges von dem, was in den letzten beiden Jahrzehnten geschaffen wurde, künftig wieder in Frage stellen.

Die *wirtschaftlichen Defizite* Ostdeutschlands resultieren aus der Teilung Deutschlands und aus der Vergangenheit der DDR. Zu einem beachtlichen Teil jedoch sind sie auch Folge der deutschen Vereinigung, insbesondere der überstürzten und einseitig an politischen Interessen ausgerichteten Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Privatisierungspolitik der Treuhändanstalt. Sie betreffen insbesondere die Deindustrialisierung und den daraus folgenden unterproportionalen Besatz Ostdeutschlands mit Industrie, das weitgehende Fehlen von Großbetrieben und das Überwiegen von Klein- und Kleinstbetrieben in der Produktion und im Dienstleistungsbereich. Ferner die geringe Vernetzung der Unternehmen untereinander und ihre relativ geringe Verankerung in der jeweiligen Region, den geringen Anteil ostdeutscher Unternehmen an Forschungs- und

¹ Vgl. hierzu die Angaben im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009, Berlin 2009.

² So besitzt die ostdeutsche Wirtschaft nach Einschätzung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gute Chancen, der Krise zu trotzen. Sie sei „krisengestählt“ und „sehr gut aufgestellt“ sagte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel (Berliner Zeitung, 18.5.2009, S. 10).

³ Matthias Platzek: Zukunft bracht Herkunft – Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg (zitiert aus Berliner Zeitung, 19.5.2009, S. 22)

Entwicklungsleistungen. Ferner die oftmals zu geringe Marktpräsenz ostdeutscher Firmen, ihre nach wie vor ungenügende Eigenkapitalausstattung und das niedrige Lohnniveau.

Zu den *ungelösten Problemen* gehört die Abhängigkeit eines Großteils der ostdeutschen Unternehmen von westdeutschen und ausländischen Konzernen, von ihren „Müttern“ im Westen, zudem von Banken, Forschungseinrichtungen, Handelsketten usw. Ebenso aber auch von öffentlichen Fördermitteln und Subventionen. Der vielfach beschriebene Zustand der ostdeutschen Wirtschaft als Dependenzökonomie und Transferwirtschaft ist zwar im Zeitverlauf geringer geworden, bei weitem aber nicht überwunden. Der relative Rückstand Ostdeutschlands und das gegenüber Westdeutschland geringere Potenzial werden vor allem in deutsch-deutschen makroökonomischen Vergleichsdaten evident⁴, weniger in einem mikroökonomischen Vergleich von Betrieb zu Betrieb. (Tabelle 1)

Der Grad der wirtschaftlichen Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft beträgt derzeit, gemessen am Niveau der westdeutschen Wirtschaft, etwa drei Viertel. Dies bedeutet gegenüber der Ausgangssituation (1990) von weniger oder gerade mal der Hälfte des Vergleichsniveaus⁵ einen beachtlichen Fortschritt, gemessen an der Zielstellung des Erreichens gleichwertiger Lebensverhältnisse, wofür die Konvergenz der Produktivität und der wirtschaftlichen Leistungskraft die entscheidende Voraussetzung bildet, ist dies jedoch unbefriedigend. Zumal die entscheidenden Fortschritte auf dem Wege der Konvergenz bereits während der 1990er Jahre erzielt worden sind und die Dynamik der Angleichung nach 1997 erheblich nachgelassen hat.

erreicht, ohne dass sich der Anteil der neuen Länder am gesamtdeutschen BIP gegenüber 1989 erhöht hat. Das heißt, sie war mit der Kehrseite einer massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, vor allem in der Industrie, und mit einem Rückgang der Bevölkerung durch Abwandern sowie dem Rückgang der Geburten verbunden.

Die *Zukunftsansichten* der ostdeutschen Wirtschaft werden hauptsächlich von zwei Tendenzen bestimmt: von der demografischen Entwicklung und vom Zurückbleiben der wirtschaftlichen Dynamik Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland.

Für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung Ostdeutschlands erhält die Bevölkerungsentwicklung ein immer größeres Gewicht. Maßgebend dafür sind der negative Saldo der demografischen *Wanderung*, die zunehmende *Alterung* der Bevölkerung und der *Geburtenrückgang*. Diese Prozesse zusammen bewirken, dass die Bevölkerung im Zeitverlauf sichtlich schrumpft und sich die Altersstruktur spürbar verändert. Das absehbare Ausmaß dieser als „demografischer Wandel“ apostrophierten Veränderung ist derart dramatisch, dass die neuen Bundesländer von Experten der Bevölkerungsstatistik inzwischen als „*das demografische Krisengebiet Europas*“⁶ bezeichnet werden.

Die bestimmenden Faktoren hierfür sind *erstens* der Fortzug großer Bevölkerungsteile. Seit 1989 übersteigt die Zahl der Fortzüge aus Ostdeutschland die der Zuzüge, so dass der Wanderungssaldo *zwanzig Jahre* in Folge negativ ist, was eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung bewirkt. *Zweitens* die spezifische Alters- und Geschlechterstruktur der Fort- und Zuziehenden. Da mehr Jüngere fort- als zuziehen, darunter überproportional viele junge Frauen, und umgekehrt mehr

Tabelle 1: Ökonomische Indikatoren neue Länder (ohne Berlin) 1989 - 2008

	1989	1991	2000	2008
BIP jeweilige Preise	187.152	107.253	234.593	289.600
Anteil an Deutschland	11,6	7,0	11,4	11,6
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen)	21.052	15.785	39.172	50.040
Relation nBL/aBL	44,2	34,9	71,9	79,0
BIP je Einwohner	12.204	7.330	16.878	22.130
Relation nBL/aBL	54,9	33,3	62,6	68,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2009; Gerhard Heske : Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Köln 2005; eigene Berechnungen.

In der Tabelle 1 kommt darüber hinaus ein grundlegendes Problem der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck: Die Annäherung im Niveau der Arbeitsproduktivität und im BIP je Einwohner wurden

4 Vgl. dazu Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg 2009, S. 15ff.

5 Vgl. Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970 – 2000. In: Historische Sozialforschung, Supplement No. 17. Köln 2005.

Ältere zu- als wegziehen, führt die Wanderungsbewegung zu einer verstärkten Alterung der ostdeutschen Bevölkerung. *Drittens* die niedrige Geburtenzahl von weniger als 100.000 lebend Geborenen pro Jahr. Im Ergebnis schrumpft und altert die Bevölkerung Ostdeutschlands mehr als jede andere Population in Europa.

6 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Das demografische Krisengebiet Europas. In: Berliner Zeitung, 22.08.2008. S. 3.

Die Ost-West-Wanderung, verstärkt durch die damit verbundene alters-, geschlechts- und qualifikationsbezogenen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, bedeutet für die neuen Länder einen gravierenden Verlust an Humankapital, einen dauernden „Aderlass“, wodurch sich das ökonomische Potential nachhaltig verringert. Die größten Wanderungsverluste waren zu Beginn der 1990er Jahre zu verzeichnen.⁷ In den Folgejahren kam es vermehrt zu Zuzügen. Bis heute aber gleichen sich, allen Verbesserungen in Ostdeutschland zum Trotz, Zu- und Fortzüge nicht aus, so dass Jahr für Jahr ein negativer Saldo von ca. 50.000 Personen verbleibt. Diese Entwicklung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortsetzen.

Neben der Wanderung ist die *Geburtenentwicklung* für die Reproduktion der Bevölkerung ausschlaggebend. Langfristig erweisen sich der Rückgang der Fertilitätsrate⁸ und die niedrige Geburtenzahl infolge des Fehlens gebärfähiger Frauen aufgrund des starken Geburtenrückgangs und der hohen Abwanderungsquote in den Vorjahren als Hauptfaktoren für die demografische Entwicklung. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland sank nach 1990 sprunghaft, von 1,57 (1989) auf den historischen Tiefstand von 0,76 im Jahr 1993. Danach stieg sie wieder an, bis auf aktuell 1,37 (2007)⁹. Dies entspricht in etwa dem westdeutschen Niveau, sichert aber nicht einmal die einfache Reproduktion, wofür eine Größe von mindestens 2,1 erforderlich wäre. Während die alten Bundesländer die verbleibende Differenz zumindest partiell durch Zuwanderungen aus den neuen Ländern und aus dem Ausland ausgleichen können, führt diese Entwicklung in Ostdeutschland zu einem dramatischen Bevölkerungsrückgang. Dieser zeigt sich darin, dass künftig jede Generation um *ein Drittel kleiner* ausfällt als die vorherige, die Bevölkerung im Zeitverlauf also massiv schrumpft. Jahr für

Jahr übersteigt die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Neugeborenen (vgl. Tabelle 2).

Diese Entwicklungstendenz ließe sich, wenn überhaupt, nur *langfristig* korrigieren, durch verstärkten Zuzug von außen oder/und durch eine spürbare Zunahme der Geburtenzahl. Ersteres jedoch scheitert auch am politischen Klima in den neuen Ländern. Letzterem steht neben der allgemeinen Perspektivlosigkeit in weiten Teilen Ostdeutschlands besonders der hohe Frauenanteil bei den Fortzählern von 63 Prozent entgegen, welcher inzwischen zu einem „historisch einmaligen zahlenmäßigen Missverhältnis der Geschlechter“, wonach auf 100 Männer nur noch 90 Frauen kommen¹⁰, geführt hat. Die Kombination aus geringer Geburtenziffer und anhaltender Abwanderung junger Frauen, die mit zeitlicher Verzögerung zum „demografischen Echo“ sinkender Geburtenzahlen führt¹¹, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Bevölkerungsrückgang auch in Zukunft unvermindert fortsetzen wird. Dabei verstärken sich die genannten Faktoren gegenseitig: Durch die Abwanderung sinkt die Lebensqualität, was die Geburtenentwicklung negativ beeinflusst. Dies erhöht die Perspektivlosigkeit, wodurch sich die Abwanderung wiederum verstärkt.

Die Schrumpfung der Bevölkerung ist inzwischen zu einem bezeichnenden Charakteristikum Ostdeutschlands geworden. Zwischen 1989 und 2008 verringerte sich die Einwohnerzahl der neuen Länder von 15,2 auf 13,1 Millionen, also um gut zwei Millionen oder 14 Prozent. Bis 2020 schrumpft sie um weitere 1,3 Millionen Personen oder 10 Prozent auf eine Größe von weniger als zwölf Millionen. Bis 2050 wird der Bevölkerungsstand aller Voraussicht nach die 10-Millionen-Grenze unterschreiten. Dies bedeutet, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung dann innerhalb eines Jahrhunderts (1950-2050) beinahe halbiert und seit 1989 um mehr als ein Drittel reduziert haben wird.

Tabelle 2: Lebend Geborene und Gestorbene in Ostdeutschland 1990 – 2006¹

Jahr	Lebend Geborene		Gestorbene		Überschuss	
	Anzahl in 1000	Je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	Je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	Je 1000 Einwohner
1990	178	11,1	208	12,9	-30	-1,8
2000	111	7,3	160	10,5	-49	-3,2
2002	96	7,0	150	11,0	-54	-3,9
2004	99	7,3	146	10,8	-47	-3,5
2006	96	7,3	147	11,0	-50	-3,8

1) Bis 2000 einschließlich Berlin-Ost. Ab 2001 neue Bundesländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn 2008. S. 15.

7 Die hier vorgenommene Analyse beschränkt sich auf die Zeit seit November 1989. Eine auch frühere Zeiträume erfassende Betrachtung ließe die Abwanderung aus Ostdeutschland als einen säkularen Prozess erscheinen.

8 Die allgemeine Fertilitätsrate oder Fruchtbarkeitsziffer gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter als durchschnittliche Kinderzahl je Frau an.

9 Statistisches Bundesamt: www.destatis.de (Stand: 20.04.2009).

10 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München 2006. S. 23f.

11 Lag die Zahl der Geburten in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 1990 noch bei 178.000, so sackte sie 1991 auf ca. 100.000 ab. In den Jahren danach wurde dieser Wert kaum mehr überschritten (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Berlin, August 2008. S. 4).

Mit der Schrumpfung steigt der Anteil der Älteren, während der Anteil der Jüngeren spürbar sinkt. Dadurch erhöht sich das Durchschnittsalter von knapp 40 Jahren im Jahr 1990 auf 48 Jahre im Jahr 2020 und über 50 Jahre in den Jahrzehnten danach. Zwischen 2005 und 2020 erhöht sich der Anteil der 65-Jährigen und Älteren in den neuen Bundesländern von 21 auf 28 Prozent. Der Anteil der unter 40-Jährigen dagegen schrumpft von 42 auf 35 Prozent.¹² Der Altersaufbau weicht damit immer stärker von der klassischen Pyramidenform ab: „Die jüngere und mittlere Altersgruppe verlieren, die ältere gewinnt an Bedeutung.“¹³

Innovativität sowie die Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung hat. Als besonders problematisch erweist sich, dass infolge der Abwanderung und der niedrigen Geburtenraten in den 1990er Jahren die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, das *Erwerbssper-sonenpotenzial*, und die Zahl der Erwerbstätigen wesentlich stärker zurückgehen als die Bevölkerung insgesamt. Bis 2020 verringert sich nach der Vorausberechnung das Erwerbspersonenpotenzial um 20 Prozent und bis 2050 um 43 Prozent¹⁴. Im Jahr 2050 wird danach die Zahl der Erwerbspersonen in den fünf neuen Ländern nur noch knapp vier Millionen betragen. Dies ent-

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern nach Altersgruppen

Jahr	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis ...					
		Unter 20		20-60		60 und mehr	
	1000	1000	%	1000	%	1000	%
2001	13.729	2.659	19,4	7.554	55,0	3.517	25,6
2010	12.855	1.841	14,3	7.299	56,8	3.717	28,9
2020	12.059	1.903	15,8	5.881	48,4	4.274	35,4
2030	11.301	1.687	14,9	5.053	44,7	4.560	40,4
2040	10.570	1.543	14,6	4.846	45,8	4.128	39,6
2050	9.828	1.585	16,1	4.213	42,9	4.030	41,0

Quelle: Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg 2009. S. 172.

Der Schrumpfungsprozess ist keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Er beinhaltet auch strukturelle und qualitative Komponenten, so die Verschiebung in den Geschlechterproportionen (Männerüberschuss), die Alterung sowie den Rückgang des Bildungs-, Qualifikations- und Kulturniveaus der Residualbevölkerung. Unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten wiegen diese Momente weit stärker als der rein quantitative Rückgang der Bevölkerung. Mit der Bevölkerung insgesamt schrumpft und altert die Erwerbsbevölkerung, was erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit, das ökonomische Wachstum, die Produktivität und

spricht einem Rückgang gegenüber 1989 um fast 60 Prozent. (Tabelle 4)

Die *wirtschaftliche Dynamik Ostdeutschlands* wird entscheidend vom Wirtschaftswachstum und vom Wachstum der Arbeitsproduktivität bestimmt. Beide Indikatoren aber werden von der demografischen Entwicklung negativ tangiert. So lag das ostdeutsche Wirtschaftswachstum bereits in den letzten Jahren zumeist etwas unter dem westdeutschen Durchschnitt. Da für die kommenden Jahre ähnliche Relationen zu erwarten sind, holt Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland nicht auf, sondern fällt gegenüber dem erreichten Stand eher wieder zurück.

Tabelle 4: Erwerbstätige nach Ländern 1989 bis 2008 in 1000 Personen

	1989	1991	1999	2008	Veränderung 1989 bis 2008 in %
Berlin	1.883,0	1.673,1	1.552,2	1.638,4	-13,0
Brandenburg	1.531,1	1.193,0	1.067,5	1.047,1	-32,5
MVP	1.169,4	843,0	755,2	732,2	-37,4
Sachsen	2.864,9	2.250,3	1.982,3	1.960,5	-31,6
Sachsen-Anhalt	1.700,7	1.281,3	1.081,7	1.018,9	-40,1
Thüringen	1.601,3	1.227,0	1.072,0	1.027,7	-35,8
NL ohne Berlin	8.890,0	6.794,6	5.958,7	5.786,4	-34,9
NL mit Berlin	10.773,0	8.467,7	7.510,9	7.424,8	-31,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 (www.destatis.de); Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt ... a.a.O. S. 251, 268.

12 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel. S. 24.

13 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2006. S. 17f.

14 Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach. Aktuelle Themen Nr. 306. Frankfurt a. M. 2004. S. 40f.

Tabelle 5: Jährliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozent 2005-2010

Jahr	Alte Bundesländer	Ostdeutschland mit Berlin	Neue Bundesländer
2005	0,9	0,3	0,1
2006	2,9	3,1	3,3
2007	2,5	2,4	2,5
2008	1,3	1,2	1,1
2009*	-6,0	X	-5,0
2010*	-0,5	X	-1,0

* Vorausschätzung.

Quelle: Destatis. Lange Reihen R1B1. Tabelle 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stand: Februar 2009; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009. Essen 2009. S. 39.

2008 lag das Produktivitätsniveau der neuen Länder bei 78,5 Prozent des Westniveaus. Bei Berücksichtigung der höheren Arbeitszeiten waren es 75,1 Prozent.¹⁵ Die Ursachen für den immer noch beachtlichen Rückstand der neuen Länder sind vor allem struktureller Natur.¹⁶ Ein besonders kritisch zu wertender Fakt in diesem Zusammenhang ist der Rückgang des relativen Niveaus der *Ausrüstungsinvestitionen* je Einwohner. Dabei hat sich nicht nur die Relation zu Ungunsten Ostdeutschlands verschoben, sondern es stagniert auch der Umfang der eingesetzten Mittel. Selbst im Aufschwung 2004 bis 2007 blieb die Investitionslücke gegenüber den alten Ländern bestehen.¹⁷ Damit haben sich die materiell-technischen Voraussetzungen für den Aufholprozess im letzten Konjunkturzyklus nicht verbessert, sondern substanziell verschlechtert. Nach dem Ende der Wirtschaftskrise ist in den neuen Ländern mit einer wirtschaftlichen Belebung zu rechnen, nicht aber mit einer aufgehenden, das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätssteigerung in den alten Ländern deutlich überflügelnden Entwicklung. Soll der wirtschaftliche Konvergenzprozess trotzdem voran gebracht werden, so bedarf es dafür weiterhin spezieller Förderprogramme und besonderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Ostdeutschland im Spiegel der Wahlprogramme der Parteien¹⁸

Die Bundestagswahlprogramme der Parteien geben im 20. Jahr der Einheit interessante Aufschlüsse darüber, wie die Parteien die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ostdeutschlands beurteilen und welche Vorstel-

lungen sie zu ihrer Lösung haben. Mit Ausnahme der CDU und CSU lagen Anfang Juni alle Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien vor, zum Teil noch als Entwürfe für die Parteitage. Die SPD hat auf ihrem Parteitag im Juni 2009 ein Regierungsprogramm beschlossen. Für die CDU muss auf den Beschluss des Stuttgarter Parteitages vom Dezember 2008 zurückgegriffen werden.

Die Wahlprogramme sollen hier nach folgenden Gesichtspunkten bewertet werden:

- Welche Rolle spielt die ostdeutsche Problematik?
- Wird eine realistische Einschätzung der Ergebnisse des Einigungsprozesses und der gegenwärtigen Situation in den neuen Bundesländern vorgenommen?
- Welche Vorschläge zur Lösung der ostdeutschen Probleme, insbesondere zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, sind enthalten?

Für die FDP scheint eine besondere ostdeutsche Problematik nicht zu existieren. Ihr Wahlprogramm ist hierzu auf einen einzigen Punkt beschränkt: die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West. In den Wahlprogrammen der anderen Parteien gibt es jeweils eigenständige Abschnitte zu Ostdeutschland, in denen der erreichte Entwicklungsstand der wirtschaftlichen und sozialen Einheit bewertet wird und auch Vorstellungen zur Lösung der Probleme enthalten sind.

Im Beschluss des Stuttgarter Parteitages der CDU dominiert eine geschönte Aufzählung der in den neuen Bundesländern erreichten Erfolge. Eine kritische Analyse der bestehenden Probleme sucht man jedoch vergeblich. Es wird zwar festgestellt, dass eine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung noch nicht erreicht worden ist. Dies wird jedoch nach dem alten, die Realität verzer-

15 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Essen 2009, S. 58.

16 Vgl. Ulrich Busch/Karl Mai: Konvergenzbremse Produktivität. Ursachen und Folgen zurückbleibender Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial. 18. Jg. (2007) 4-5. S. 121-136.

17 Vgl. Bundesregierung: Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2008, Berlin 2008. Anhang S. 39f.

18 Vgl.: Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 2009-2013, beschlossen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni in Berlin.

Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands. Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands in Stuttgart, Dezember 2008.

Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei. Entwurf nach Beratung in der Bundesvorstandssitzung März 2009.

Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Beschluss der 30. Ordentlichen Bundesdelegierten-konferenz, Berlin, 8-10 Mai 2009.

Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE, Leitanspruch des Parteivorstands an den Bundestagswahlparteitag 2009 am 20./21. Juni 2009.

renden, ideologiebestimmten Muster erklärt: „Auch im zweiten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung leidet die wirtschaftliche Entwicklung an den Folgen der sozialistischen Misswirtschaft und der deutschen Teilung.“ Eine Antwort auf die Frage, warum der ostdeutsche Aufholprozess seit mehr als zehn Jahren faktisch stagniert, scheint für die CDU überflüssig zu sein. Im Beschluss der CDU sind Sätze zu finden, die wie eine Verhöhnung aller Bemühungen um eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Situation klingen: „Der Aufbau Ost befindet sich auf einem guten Weg. Seit Ende des Jahres 2005, das die erneute Übernahme einer unionsgeführten Regierung markiert, hat sich die wirtschaftliche Situation in ganz Deutschland und auch in den Neuen Ländern spürbar verbessert.“¹⁹

Das SPD-Programm bleibt bei der Einschätzung der erreichten Ergebnisse sehr allgemein und unverbindlich. So heißt es darin: „Die Menschen in beiden Teilen des Landes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Solidarität gezeigt. Das Land ist zusammengewachsen. [...] Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten, ohne jedoch zu Westdeutschland aufzuschließen. Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun.“²⁰ Die strukturellen Defizite Ostdeutschlands, die Stagnation des Aufholprozesses bei den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren und die Gründe hierfür werden nicht benannt. Damit wird auch keine ausreichende Ausgangsbasis für ein Gesamtkonzept zur Lösung der ostdeutschen Probleme geschaffen.

Das Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen ist im Vergleich hierzu wesentlich aussagekräftiger und differenzierter. Es heißt dort: „Zwanzig Jahre nach der Einheit bleibt noch etliches zu tun. Zahlreiche junge Menschen im Osten, gerade hochqualifizierte Frauen, sehen für sich keine Chance, spüren gesellschaftliche Blockaden und wandern ab. Wegen fehlender Perspektiven gehen der Region Kreativität, Wachstum und Beschäftigung verloren. Der „Aufbau Ost“ ist nicht als Nachbau West zu machen. Gebraucht werden innovative Konzepte und überzeugende Leitbilder. Die Chancen Ostdeutschlands liegen in einer eigenständigen Entwicklung und in der Entfaltung eigener Energien und Potenziale.“²¹

Der Leitantrag des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE weist in der Einschätzung der Probleme in den neuen Bundesländern in wesentlichen Punkten Übereinstimmung mit den Aussagen von Bündnis 90/Die Grünen auf. Er ist insgesamt aber kritischer und weist deutlicher auf Probleme und Gefahren der zukünftigen Entwicklung hin. „Auch nach zwei Jahrzehnten ‚Auf-

bau Ost‘ spüren die Menschen in den östlichen Bundesländern, dass grundlegende Probleme immer noch ungelöst sind. Landkarten, auf denen die Verteilung von Arbeitslosigkeit, Einkommen, Investitionen, Steuerkraft oder anderen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren auf Länder und Landkreise in Deutschland sichtbar gemacht wird, bilden immer noch deutlich erkennbar die frühere Ost-West-Teilung ab. Es fehlen dort rund zwei Millionen Arbeitsplätze. Die Kluft zwischen den wenigen aufsteigenden und den vielen strukturschwachen Regionen vertieft sich. Die Kommunen sind unterfinanziert. Der Abstand zur Entwicklung Westdeutschlands ist seit über zehn Jahren nicht geringer geworden. Die Gefahr der weiteren Abkopplung ist real.“²²

Bei den Vorschlägen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern, um zu einer selbst tragenden Entwicklung zu kommen, gibt es zwischen den Programmen viele Ähnlichkeiten: Festhalten an den finanziellen Verpflichtungen des Solidarpakts II bis 2019, Schaffung von Arbeitsplätzen, Anreize, um das Abwandern von Fachkräften zurückzudrängen, Maßnahmen zur Förderung der KMU, Unterstützung von Forschung und Entwicklung und der Bildung, Herausbildung technologischer Cluster, weiterer Ausbau der Infrastruktur.

Bei der CDU und der SPD stehen die verschiedenen Vorschläge nebeneinander und sind wenig untereinander verflochten. Die Vorschläge sind teilweise wenig konkret und ihre Umsetzung damit nur schwer kontrollierbar. Ein Bezug zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zu den zukünftigen Herausforderungen ist kaum vorhanden. Dies betrifft insbesondere die Vorschläge der CDU. Einige Vorschläge tragen, wenn sie denn umgesetzt werden, dazu bei, die bestehende soziale und wirtschaftliche Spaltung Deutschlands zu festigen. Dies betrifft unter anderem die Einführung von Kombilohnmodellen in der Wirtschaft und die breitere Anwendung von Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen. Dies gilt auch für die von beiden Parteien geforderte Einführung einer Schuldenbremse für die Länderhaushalte.

Im Unterschied zur CDU sind bei der SPD wichtige sozialpolitische Forderungen aufgenommen worden, die mit denen der LINKEN übereinstimmen bzw. von ihr übernommen wurden. Hervorzuheben sind solche Forderungen wie Fachkräfte in der Region durch Anreize, gleiche Löhne und eine gute Infrastruktur zu halten, gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und dazu einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn als unterste Haltelinie vorzusehen sowie in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchzusetzen.

Im Wahlprogramm der Grünen wird davon ausgegangen, dass: „Gesamtdeutsche Herausforderungen wie die

19 Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands a.a.O.

20 Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. a.a.O.

21 Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, a.a.O.

22 Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden. a.a.O.

demografische Entwicklung oder die Globalisierung in Ostdeutschland auf regionale Besonderheiten (treffen) und sich in besonderer Schärfe (zeigen). Es bedarf daher eines zielorientierten und differenzierten Ansatzes. Dabei können im Strukturwandel befindliche westdeutsche Regionen von den neuen Ländern lernen. ... Unser Ziel ist es, den Osten als Bildungsstandort zu etablieren, doch dafür bedarf es verstärkter Investitionen und verbesserter Rahmenbedingungen, um Menschen zu ermutigen, hier ihre Chance zu ergreifen.²³ Die Vorschläge sind insbesondere auf folgende Komplexe gerichtet: Wirtschaftsförderung, die wirkt, wozu eine stärkere Konzentration der Wirtschaftsförderung auf Bildung, Innovation, Forschung und Entwicklung notwendig ist, Ausbau der Energie- und Umwelttechnologien, Perspektiven für junge Menschen schaffen, Gleichbehandlung im Alter, Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft nutzen, Ostdeutsche Hochschulen stärken, Naturschutz honorieren und naturnahe Entwicklungschancen nutzen.

Das Wahlprogramm der LINKEN geht für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung davon aus, dass Ostdeutschland eine neue Zukunftsperspektive braucht, da der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ gescheitert ist. Die Chance der ostdeutschen Wirtschaft wird vor allem in einem konsequenten sozial-ökologischen Umbau, der auf erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz setzt, gesehen. Für Ostdeutschland wird gefordert:²⁴

- den Grundsatz „Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit“ zu verwirklichen und einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen;
- die Rentenungerechtigkeit zu beseitigen;
- die Solidarpaktmittel bis 2019 zu sichern und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt einzusetzen;
- die Regionalplanung zu demokratisieren: die Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern in der Regionalplanung zu stärken, regionale Leitbilder zu entwickeln und gesellschaftlich zu verankern, Modellregionen des sozialökologischen Umbaus zu gestalten;
- die „Ausstattungsvorsprünge“ Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der viel gegliederten kulturellen Landschaft zu erhalten, zum Maßstab zu machen, auf den Westen zu übertragen und qualitativ auszubauen;
- den in Ostdeutschland besonders ausgeprägten Niedriglohnsektor energisch zu bekämpfen.

Unter der Überschrift „Für eine zukunftsfähige Regionalpolitik in Ost und West“ wird weiter gefordert:

- die „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik“ deutlich besser auszustatten und andere Ziele zu

setzen: weg von Export und interregionaler Orientierung und hin zur selbst tragenden Entwicklung²⁵;

- in zukunftsträchtige Ressourcen und Technologien zu investieren und entsprechende Forschung und Entwicklung gezielt zu fördern;
- Netzwerke zwischen den zukunftsträchtigen Unternehmen, Hochschulen und kleinen und mittleren Betrieben zu stärken;
- die Energieversorgung zu rekommunalisieren, weitgehend auf erneuerbare Energien umzustellen.

Eine zusammenfassende Bewertung der Wahlprogramme ergibt:

1. Mit Ausnahme der FDP bemühen sich alle Parteien verstärkt um die ostdeutschen Wähler. Dabei gibt es deutliche Unterschiede im Aufgreifen sozialer Gerechtigkeitsforderungen zur Überwindung der sozialen Spaltung Deutschlands zwischen der CDU einerseits und der SPD, den Grünen und der LINKEN auf der anderen Seite. Damit gibt es zumindest nach den wahlpolitischen Forderungen Voraussetzungen, um in den nächsten Jahren einige der dringlichsten sozialpolitischen Forderungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durchzusetzen. Die größte Übereinstimmung in den sozialpolitischen und ökologischen Forderungen gibt es zwischen den Grünen und der LINKEN.

2. In allen Wahlprogrammen findet die entscheidende ökonomische Grundlage für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, das Erreichen einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, keine oder nur eine unzureichende Berücksichtigung.

3. Die Akteursproblematik ist in allen Wahlprogrammen unterbelichtet. Es fehlen Vorstellungen und Vorschläge, wie die Potenziale der Akteure wirksamer zur Lösung der vor uns liegenden Herausforderungen und zur Gestaltung der Zukunft genutzt werden können.

25 Die Forderung „weg von Export und interregionaler Orientierung“ im Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN ist ökonomisch unsinnig. Es geht um die Überwindung einer einseitigen Exportorientierung, um die Reduzierung unnötiger und ökologisch schädlicher langer Transportwege zwischen Regionen, jedoch nicht um deren generelle Reduzierung. Der Übergang zu einer selbst tragenden Entwicklung in Ostdeutschland schließt die Stärkung des Exportpotenzials auf ausgewählten Gebieten sowie auch den Ausbau interregionaler Lieferungen ein. Dies steht nicht im Gegensatz zur wirksameren Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Verflechtungsbeziehungen. Es kommt auf solche Strukturprozesse und Wirtschaftsbeziehungen an, die dazu beitragen, sowohl regionale Ressourcen und Potenziale besser und ökonomisch effizienter zu nutzen als auch den sozial-ökologischen Umbau zu befördern.

23 Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, a.a.O

24 Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. a.a.O.

Spiegelt der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009 die Situation und die Entwicklungschancen Ostdeutschlands realistisch wider?

Am 10. Juni legte die Bundesregierung den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2009 vor.²⁶ Er setzt die in den vorangegangenen Berichten enthaltene Aufzählung positiver Resultate fort. Für die letzten Jahren werden besonders hervorgehoben: Die höhere Dynamik der Industrie im Osten, die Stärkung ihrer Exportkraft und die Entwicklung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen mit der Herausbildung erster technologischer Cluster auf zukunftssträchtigen, für den ökologischen Umbau wichtigen Feldern. Im Bericht werden auch die Förderprogramme und die dazu bestehenden spezifischen Förderinstrumente, die eine wichtige Rolle für die weitere Entwicklung Ostdeutschlands spielen, umfangreich behandelt. All dies ist notwendig und richtig und findet deshalb auch unsere Unterstützung.

Der Bericht steht aber auch in einer anderen, von uns nicht geteilten Kontinuität: Die bisherigen Ergebnisse in der Ost-West-Konvergenz werden übertrieben und durch die Wahl des Basisjahres 1991 verzerrt wiedergegeben, viele schwerwiegende Probleme werden ignoriert oder verniedlicht, die Vorstellungen darüber, wie die grundlegenden Erfordernisse des Übergangs zu einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gelöst werden sollen, bleiben im Allgemeinen und Unverbindlichen stehen. Die Annahme, dass bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 die wesentlichen Aufgaben zur Beseitigung des wirtschaftlichen und sozialen Rückstands gelöst sein werden, erscheint unter den gegebenen politischen Prämissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als völlig unrealistisch.

Im Folgenden wollen wir diese kritische Wertung des Berichts an Hand einiger wichtiger Probleme deutlich machen: Die gesamtwirtschaftliche Situation zum Ende der DDR und während der Zeit nach der Wiedervereinigung wird im Bericht unzutreffend dargestellt. Auf der einen Seite wird die Wirtschaftsleistung der DDR unterbewertet, wenn es dort heißt: „Gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichte die DDR 1989 nur etwa ein Drittel des Niveaus der Bundesrepublik, die Produktivität lag 1988 bei nur etwa 20 bis 25 Prozent des westdeutschen Vergleichswerts.“ Nach neuesten Berechnungen lagen die entsprechenden Indikatoren bei

55% (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) bzw. 45% (Produktivität).²⁷ Auf der anderen Seite wird im völligen Widerspruch zur realen Entwicklung in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung festgestellt. „Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung waren durch ein starkes Aufholwachstum in den ostdeutschen Ländern gekennzeichnet.“ Jedem dürfte dagegen in Erinnerung sein, dass die Zeit unmittelbar nach der Vereinigung (1990 und 1991) durch einen Niedergang der ostdeutschen Wirtschaftsleistung um ca. 30% und eine beispiellose Deindustrialisierung – bis 1993 Rückgang der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes um ca. 60% und Verlust von mehr als 2 Millionen Arbeitsplätzen – gekennzeichnet war. Im Gegensatz zu der im Bericht enthaltenen Abbildung (S. 4) war die erste Phase nach der Wiedervereinigung also keine Wachstums-, sondern eine Niedergangsphase.

Die im Bericht enthaltene Feststellung, dass die wirtschaftliche Konvergenz seit dem Jahr 2000 wieder vorankomme (das Niveau des BIP je Einwohner stieg im Verhältnis zur westdeutschen Bezugsgröße von 67% 2000 auf 71% 2008) muss dahingehend relativiert werden, dass die Verbesserung Pro-Kopf-Daten nicht auf einer höheren Dynamik der Wirtschaftsleistung beruht, sondern vor allem Resultat des Rückgangs der Bevölkerung ist. Der Anteil der neuen Bundesländer am gesamtdeutschen BIP hat sich dagegen seit 2000 kaum verändert (2000: 11,4%, 2008 11,6%). Ähnlich verhält es sich mit dem Rückgang der Arbeitslosenquote der neuen Bundesländer 2008 gegenüber 2005, welcher in erheblichem Umfang durch die Abwanderung von Personen im arbeitsfähigen Alter bewirkt worden ist. Die Abwanderung wirkt sich sowohl aus auf die Verringerung der Zahl der Arbeitslosen als auch auf die Bezugsbasis der Berechnung der Arbeitslosenquote, die Zahl der Erwerbspersonen.

²⁷ Gerhard Heske hat statistische Daten der DDR-Volkswirtschaft durch ihre Umrechnung auf das VGR-Konzept der Bundesrepublik und auf eine einheitliche Preisbasis in DM bzw. Euro vergleichbar gemacht. Heske stützt sich bei seinen Berechnungen auf die international angewandte Methode des Vergleichs auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten (kkp). Er hat differenzierte Koeffizienten für die verschiedenen Bereiche der Entstehung des BIP sowie die Grundkategorien der Verwendung des BIP berechnet. Dabei wurde auch die Qualitätsentwicklung der Erzeugnisse berücksichtigt. Die durchgeführten Neuberechnungen für das BIP Ostdeutschlands für den Zeitraum 1950 bis 1989 belegen, dass der Wirtschaftsprozess einer Planwirtschaft nach dem SNA-Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt werden kann. Durch die getrennte Ermittlung der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts konnten im Ergebnis abgestimmte und hinreichend aussagefähige numerische Daten gewonnen werden. Weitere und ausführliche Informationen zu den Vergleichsergebnissen und den angewandten Berechnungsverfahren enthält das Buch von Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950-1989. Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts – Daten, Methoden und Vergleiche. Historical Sozial Research, Supplement Nr. 21. Köln 2009 (im Erscheinen)

²⁶ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Berlin, Juni 2009

Im Bericht wird hervorgehoben, dass nach der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Ostdeutschland mit einem prognostizierten Rückgang des BIP 2009 von 5% gegenüber 6% in den alten Bundesländern weniger von der Wirtschaftskrise betroffen sei, sich als krisenfester erweise. Eine solche Wertung erscheint uns jedoch problematisch, da nicht einmal die Hälfte des Jahres vorüber ist und alle Erfahrungen mit Wirtschaftsprognosen zeigen, dass sie insbesondere in Krisenzeiten äußerst unsicher sind. Zudem geht aus der Gemeinschaftsdiagnose hervor, dass Ostdeutschland 2010 stärker als Westdeutschland von der Krise betroffen sein wird.²⁸ Bei der vermeintlich günstigeren Situation der neuen Länder handelt es sich vermutlich nur um ein Trugbild, das im wesentlichen aus der zeitlichen Verschiebung bestimmter Krisenwirkungen resultiert.

Bei den Einschätzungen zur Perspektive der ostdeutschen Entwicklung sind unseres Erachtens insbesondere folgende Fragen des Jahresberichts kritisch zu sehen:

- Die zunehmenden finanziellen Probleme für den Übergang zu einer selbst tragenden Entwicklung werden unzureichend berücksichtigt. Es wird zwar vom Ende der Transferzahlungen 2019 ausgegangen, aber nicht beachtet, dass die Solidarpaktmittel schon in diesem und in den nächsten Jahren erheblich und kontinuierlich abgeschmolzen werden, bevor sie 2019 ganz auslaufen, und dass die Höchsthilfe für die neuen Bundesländer aus den EU Strukturfonds voraussichtlich nach 2013 aufhört.

- Es wird nicht deutlich wie das Zurückbleiben der Vorlaufaufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie für Investitionen, die für die wirtschaftliche Dynamik, für Innovationen und für ökologisch sinnvolle Strukturveränderungen vor allem langfristig entscheidend sind, überwunden werden soll. Die FuE-Potenziallücke der neuen Bundesländer gegenüber Westdeutschland bezogen auf Erwerbstätige liegt unverändert seit 1995 bei rund 50%. Der Anteil des FuE-Personals je 10.000 der Bevölkerung liegt im gesamten Zeitraum seit 1995 unter 50% des westdeutschen Niveaus. Das absolute Volumen der Investitionen in neue Anlagen ist seit ihrem Höhepunkt 1995 ständig zurückgegangen. Die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen je Einwohner lagen seit 1991 mit Ausnahme der Jahre 1994 bis 1996 ständig unter dem westdeutschen Niveau.²⁹

- Die Zielstellung einer gesamtwirtschaftlichen Konvergenz wird unter der Hand aufgegeben, indem nicht mehr der Durchschnitt der westdeutschen Wirtschaftsleistung als Zielkriterium angesehen wird, sondern nun-

mehr die Wirtschaftsleistung der „strukturschwächeren westdeutschen Länder“ die Messlatte sein soll.

Als Grundproblem gilt auch für den Jahresbericht 2009: Es gibt viele richtige und notwendige Programme und Instrumente für die Wirtschaftsförderung, es werden auch für Ostdeutschland nützliche Maßnahmen aus den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung dargestellt. Nach wie vor bleibt das Defizit aller bisherigen Berichte erhalten, es gibt kein tragfähiges und ausreichend konkretes *Gesamtkonzept* für die perspektivische Entwicklung in Ostdeutschland, dabei speziell für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Überlegungen für ein zukunftsorientiertes Konzept zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft

Ein realistisches Zukunftskonzept für Ostdeutschland muss auf zwei unverzichtbaren Ausgangspunkten beruhen: *Einerseits* auf einer fundierten und differenzierten Charakterisierung der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern und der bisherigen Entwicklung seit der Vereinigung. Hierzu gehören die Fortschritte und die ungelösten Probleme, insbesondere die bisherigen strukturellen Defizite, die im Ergebnis der verfehlten Vereinigungspolitik entstanden sind, und die neuen Probleme, die sich vor allem aus den demografischen Veränderungen und der Verschlechterung der finanziellen Situation der Länder und Kommunen ergeben. *Andererseits* auf Zielstellungen zur Entwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die den veränderten Bedingungen und neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechen, an Stärken und positive Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen und zugleich auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Ost und West sowie zwischen den Regionen gerichtet sind. Hierfür sind die in der Studie Leitbild „Ostdeutschland 2020“ enthaltenen Ziele sowie Zukunfts- und Handlungsfelder eine gute Grundlage.³⁰

Über die gegenwärtige ökonomische und soziale Situation Ostdeutschlands, die veränderten Entwicklungsbedingungen der nächsten zehn Jahre sowie über die Zielvorstellungen oder Leitbilder einer längerfristigen Perspektive besteht weitgehend Übereinstimmung unter den Linken und auch unter den anderen, an eine zukunftsfähige Entwicklung in Ost- und Westdeutschland Interessierten. Schwächer ausgearbeitet und

28 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, Essen 2009, S. 39.

29 Jahresbericht... a.a.O., Anhang, Tabellenanhang, S. 19 ff.

30 Vgl. Michael Thomas (Ltg.), Frank Berg, Thomas Koch, Rainer Land, Rolf Reißig: Leitbild „Ostdeutschland 2020“. Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag, Berlin 2009.

begründet sind hingegen die notwendigen Bindeglieder zwischen den Ausgangsbedingungen und den Zielstellungen, die konkreten Wege und Maßnahmen, um die Leitbilder soweit wie möglich zu realisieren und die dabei auftretenden Widersprüche zu lösen. Auf einige der hiermit verbundenen Probleme und Aufgaben soll hingewiesen werden:

Der Übergang zu einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und Fortschritte beim Erreichen gleichwertiger Lebensbedingungen setzen voraus, dass die dazu notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen und langfristig gesichert werden. Hierfür reicht es nicht aus zu versichern, dass die Gültigkeit des Solidarpakts II bis zum Jahr 2019 unangetastet bleiben soll. Der degressive Verlauf der Mittelbereitstellung ab dem Jahr 2009, die Verringerung der Mittel für Ostdeutschland aus den EU Strukturfonds (Rückgang des Anteils von Regionen mit den höchsten Fördersätzen), die geringeren Steuereinnahmen in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Schrumpfung der Bevölkerung wird die finanzielle Notlage der ostdeutschen Länder und Kommunen weiter verschärfen. Notwendig sind finanzielle Lösungen, die ausreichend lange Fristen für die Anwendung spezifischer Instrumente der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland sichern und die zugleich die finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen für eine aktive regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik erweitern.

Eine Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen allein reicht jedoch nicht aus. Entscheidend ist, wie diese genutzt werden. Dazu gilt es, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, die Lösungen ermöglichen, sowohl für die allen neuen Bundesländern gemeinsamen Probleme (höhere Arbeitslosigkeit und Armutsquoten, geringere Steuereinnahmen, niedrigere tarifliche Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen) als auch für die spezifischen Probleme einzelner Regionen.

Entscheidend ist dabei nicht die Vielzahl von Einzelmaßnahmen, sondern deren Qualität und wechselseitige Verflechtung. Diese sollten danach bewertet werden, inwieweit sie einerseits den spezifischen Bedingungen der neuen Bundesländer und ihrer Regionen entsprechen und andererseits, wie sie dazu beitragen, eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Dies verlangt alle Vorschläge und Maßnahmen insbesondere nach folgenden Kriterien zu beurteilen:

- sind sie zukunftsfähig, das heißt, sind sie sozial und ökologisch nachhaltig und stimmen sie mit den zukunftsorientierten Leitbildern einer Lebens- und Arbeitsweise des 21. Jahrhunderts überein? Die Perspektive Ostdeutschlands kann nicht die einer Niedriglohnregion sein, sondern sie müsste auf Innovationen beruhen und

auf eine hohe Wertschöpfung je Erwerbstätigen und je Arbeitsstunde sowie auf Schwerpunkte des ökologischen Umbaus gerichtet sein.

- Knüpfen sie an die spezifischen Stärken der ostdeutschen Wirtschaft an und versuchen sie, diese, gestützt auf Innovationen und die Herausbildung technologischer Cluster sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, weiter zu entwickeln? In diesem Zusammenhang sollten Gebiete benannt werden, auf denen Ostdeutschland als Modellregion für die Lösung von Problemen, vor denen zukünftig ganz Deutschland stehen wird, gestaltet werden könnte.

- Wird die Akteursproblematik ausreichend beachtet, sind die Vorschläge mit den Interessen, den möglichen Initiativen und Aktivitäten der Akteure verflochten? Wie können die Spielräume geschaffen werden damit die Akteure ihre Potenziale tatsächlich einsetzen und nutzen?

Die notwendigen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik werden nur erreicht werden können, wenn es gelingt, einen höheren Druck auf die für die Politik Verantwortlichen auszuüben. Dies ist wiederum maßgeblich davon abhängig, inwieweit es gelingt, größere Teile der in Ostdeutschland Lebenden in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung ihrer Interessen und Forderungen aktiv einzubeziehen und den politische Einfluss alternativer Kräfte zu erhöhen. Zugleich ist dies davon abhängig, dass die Menschen in den alten Bundesländern ein besseres Verständnis dafür gewinnen, dass der Übergang zur einer selbst tragenden Entwicklung und die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen eine gesamtdeutsche Aufgabe ist, deren Erfüllung auch im Interesse der westdeutschen Bevölkerung liegt. Dazu ist eine wirksamere Aufklärung über die realen Probleme Ostdeutschlands wichtig, über die Wege ihrer Lösung, über die gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten in Ost und West sowie über die Rolle, die die Finanztransfers und ihre sinnvolle Verwendung gegenwärtig und in Zukunft spielen.

Eine wichtige Aufgabe besteht auch darin, Fähigkeit, Qualifikation und Durchsetzungskraft der Akteure zu stärken, damit sie besser in der Lage sind wirksame wirtschafts-, finanz-, struktur- und regionalpolitische Konzepte und Vorschläge auszuarbeiten und durchzusetzen. Bei Beteiligung der Partei DIE LINKE an ostdeutschen Landesregierungen gilt es nachzuweisen, dass dies dazu beiträgt, die vorhandenen und neu auftretenden Probleme nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökologisch zukunftsfähig und ökonomisch effektiv und zu lösen.